

PLUS

Forderung an neue Tiroler Regierung: „Soziales muss das Top-Thema sein“

Das Tiroler „Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot“ legt einer möglichen VP/SP-Koalition ein Forderungspaket vor: „Ein Kraftakt ist nötig.“

🕒 Letztes Update am Freitag, 14.10.2022, 06:11

ARTIKEL

DISKUSSION (1)



VertreterInnen des „Bündnis gegen Armut“: Julia Schratz (Dowas für Frauen), Ludwig Plangger (arge-SODiT), Marion Kapferer (Dowas Innsbruck) und Simone Rabl (Diakonie Flüchtlingsdienst).

© Mitterwachauer

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Noch immer brüten ÖVP und SPÖ über einer Neuauflage der schwarz-roten Koalition. In den zehn thematischen Untergruppen sind teils auch externe Berater zugegen. Vom Tiroler „Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot“ sei niemand dabei, sagt Ludwig Plangger, Obmann der

arge SODiT. Zumindest von Seiten der VP habe es aber vor Beginn der Verhandlungen ein einstündiges, „sinnvolles“ Gespräch gegeben.

Das Bündnis existiert seit 2017, umfasst über 300 Einrichtungen, Institutionen und Dachverbände aus den Bereichen Soziales, Arbeit, Gesundheit, aber auch Bildung und Religion. Eine „Solidargemeinschaft“, die Solidarität gegen Armut und Wohnungslosigkeit eben auch von einer neuen Landesregierung einfordert, wie man gestern im Rahmen einer Pressekonferenz erläuterte. Teuerung, hohe Mieten, steigende Energiepreise – Armut, so hieß es gestern, sei auch in Tirol längst kein individuelles Randthema mehr, sondern ein gesamtgesellschaftlich-strukturelles Problem. Um dagegen anzugehen, benötige es einen „Kraftakt“. Hier seien die Neo-Koalitionäre in den laufenden Verhandlungen gefordert, wie Plangger sagt: „Soziales muss das Top-Thema dabei sein.“

Im Bereich Wohnen fordert Marion Kapferer (Dowas) eine Aussetzung der Mietindexierungen bei Gemeinnützigen, eine spürbare Erhöhung der (erst kürzlich angepassten) Wohnkostenverordnung im Bereich der Mindestsicherung, mehr Anstrengungen im sozialen Mietwohnbau und eine Abkehr in der Wohnbauförderung vom Fokus auf das Eigentum.

Gegen die Teuerung und für eine effektive Existenzsicherung, so Simone Rabl vom Diakonie-Flüchtlingsdienst, müssten alle Instrumente der Grundsicherung voll ausgeschöpft und „langfristigere Konzepte“ erstellt werden. Dem kann Plangger für den Behindertenbereich nur zustimmen: „Die Teuerung trifft auch alle Einrichtungen – wir steuern auf einen Teilhabe-Notstand zu.“ Umso dringender bedürfe es – ähnlich dem bereits bestehenden Strukturplan Pflege – eine „nachhaltige und langfristige Sozialplanung“. Das Land sei sogar per Teilhabegesetz hierzu verpflichtet – umgesetzt sei solch ein Plan aber noch nicht. In Folge könnte das Soziale auch in der Verwaltung strukturell verankert werden. Dieser Kommunikationsstrang fehle aktuell nämlich, so Plangger. Die Folge: Man müsse sich erst „immer reinreklamieren“.

Eine Taskforce gegen den Personalmangel im Sozial-, Gesundheits- und Elementarbildungsbereich regt Julia Schratz (Dowas für Frauen) an. Essenziell sei aber auch die ganzzährige, ganztägige und kostenlose Kinderbetreuung bereits ab dem 1. Lebensjahr. Und noch eines: Die Politik müsse aufhören, Soziales lediglich in herkömmlichen Ressorts zu denken: „Armut ist eine Querschnittsmaterie.“

„Strukturplan“ durch Pandemie verzögert

Noch ist offen, wer die kommenden fünf Jahre das Sozialressort innerhalb einer wahrscheinlichen VP/SP-Koalition einnehmen wird. Aktuell sind das noch die Grünen mit Soziallandesrätin Gabriele Fischer.

Das „Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot“ hält eine drastische Erhöhung der Wohnkostenverordnung des Landes im Rahmen des Mindestsicherungsgesetzes für unumgänglich. Wie berichtet, ist selbige Verordnung erst mit 1. September adaptiert worden. Die darin festgelegten Höchstsätze zur Sicherung des Wohnbedarfs stiegen (je nach Bezirk) zwischen acht und 15 Prozent. Fischer sieht hier die neue Koalition – aufgrund der steigenden Teuerungsrate – erneut gefordert.

Was die Forderung nach einem Strukturplan Soziales betrifft, so habe im Bereich der Behindertenhilfe die Pandemie selbigen verzögert. Erste Entwurfsergebnisse seien aber schon vorhanden. (mami)

Mehr zum Thema:



PLUS

TT-Kommentar zu Armut und Koalition: Offenbarungseid in Schwarz-Rot



KOALITIONSGESPRÄCHE

Mattle und Dornauer bestätigten: Regierungsbildung bis 25. Oktober



PLUS

Tiroler Koalition: Drei LandesrätInnen sind für die SPÖ reserviert



KOMMENTIEREN

[Kommentar schreiben](#)

SCHLAGWORTE

AUS DER ZEITUNG KOALITION ARMUT WOHNUNGEN SOZIALES PROBLEM

LANDESPOLITIK POLITIK TIROL

**WEITERE ARTIKEL AUS DEM
DOSSIER "DAS WAR DIE
TIROLER LANDTAGSWAHL
2022"**